



## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger,**  
**Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und**  
**Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
Drs. 17/10126

### Verfassungswidrige Bargeldobergrenzen verhin- dern - Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen

#### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

- „1. Der Landtag lehnt die Initiativen auf europäischer Ebene sowie die Pläne der Bundesregierung zur Einführung von Bargeldobergrenzen ab.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in diesem Sinne entschieden gegen die Pläne auf europäischer Ebene und des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) einzusetzen und sich damit für die Freiheitsrechte der Bürger, den Schutz der Privatsphäre und den Datenschutz stark zu machen.“

Berichterstatter: **Alexander Muthmann**  
Mitberichterstatterin: **Mechthilde Wittmann**

#### II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 24. Februar 2016 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 10. März 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: 9 Zustimmung,  
1 Enthaltung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 15. März 2016 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
5. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 17. März 2016 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

**Peter Winter**  
Vorsitzender